

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1928

138 (15.6.1928)

1928.
ent.
eudenz
142
117,50
818
830
15
97,4,50
138
155,35
127
89,30
206,50
71
154,1/2
85,00

in 2
145 1/2
158

Uhr:
Uhr:
unter

Gega.

So-
uflk.

Uhr:
und
vom
nert

2.00
Uhr:
8.00
uflk.

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Uhr:
Uhr:

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Feiertage.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger und unsere Aus-
träger frei ins Haus
monatlich Goldmark 1.80
Der Bezugspreis ist im Voraus
zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Liefe-
rung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr
Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 465
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung  **Gegr. 1839**
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite
Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite
Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und
Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifierter
Konten, der bei Nichtzahlung
innerhalb 8 Tagen nach Rech-
nungsdatum oder bei gerichtlicher
Verurteilung erlischt.
Anzeigen-Annahme bis 3 Uhr
vormittags; größere Anzeigen
müssen am Tage vorher auf-
gegeben werden.
Bank-Konto:
Vereinsbank Sinsheim
e. G. m. b. H.

Nr. 138. Freitag, den 15. Juni 1928. 89. Jahrgang

Zur Regierungsbildung im Reich.

Die Verhandlungen zur Bildung der großen Koalition vorläufig gescheitert.

Berlin, 14. Juni. Die Entwicklung der Regierungsbildung ist nach dem allgemeinen Eindruck im Reichstag heute abend wieder vollkommen festgefahren und zwar weil die Deutsche Volkspartei, die von Mittag bis in die Abendstunden hinein eine Fraktions-sitzung abhielt, an ihrer Bedingung der Gleichzeitigkeit der Regierungsbildung im Reich und in Preußen festhält. Damit hat die Fraktion ihren Beschluß desaminiert, der heute mittag für Preußen ein Kompromiß möglich machte, das der Deutschen Volkspartei terminmäßige Sicherungen bot. Heute mittag wurde in den interfraktionellen Besprechungen der 10. Juli genannt. Nach dem Beschluß der Deutschen Volkspartei gilt diese Kompromißlösung im Augenblick wieder als erledigt. Dr. Scholz konnte dem Abg. Müller-Franken heute abend nur mitteilen, daß seine Fraktion auf ihrem Standpunkt beharrt. Herrmann Müller nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und damit war die Besprechung beendet. Im Anschluß daran hat Dr. Scholz auch die Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei von dem Fraktionsbeschluß unterrichtet. Damit betrugt man im Reichstag den ersten Versuch zur Regierungsbildung der großen Koalition als gescheitert. Die Entscheidung darüber, ob er nun von neuem aufgenommen werden wird, oder ob bereits jetzt andere Möglichkeiten der Regierungsbildung zu prüfen sind, liegt bei Herrmann Müller, dessen Auftrag nicht auf die große Koalition beschränkt ist.
Im Reichstag nimmt man an, daß er zunächst doch noch einmal versuchen wird, das Projekt der großen Koalition zu verfolgen. Man spricht auch von der Möglichkeit, daß sich nun auch andere Kräfte in die Verhandlungen einschalten, die bisher nicht persönlich daran beteiligt gewesen sind. Erwähnt wird die Lage allerdings dadurch, daß der preussische Landtag sich heute vertagt hat, und seine Fraktionen daher nicht mehr zusammen sind. Ministerpräsident Braun hatte die Absicht, heute abend bis Montag zu verzeihen, so daß weitere Verhandlungen auch in den nächsten Tagen nicht geführt werden können. Für heute sind interfraktionelle Besprechungen nicht mehr vorgesehen. Herrmann Müller hat von der Unterredung mit Dr. Scholz nur seiner Fraktion Bericht erstattet.

Zur Regierungsbildung

Müller-Franken bei Braun.

Die interfraktionellen Besprechungen.

Berlin, 15. Juni. In der Besprechung, die der Abgeordnete Müller-Franken gestern vormittag mit dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun hatte, ist, wie die Telegraphen-Union erzählt, dem preussischen Ministerpräsidenten die Forderung der Deutschen Volkspartei auf gleichzeitige Umbildung der preussischen Regierung mitgeteilt worden. Der preussische Ministerpräsident hat erwidert, daß er aus staatspolitischen Gründen es für unmöglich halte, eine solche Erklärung abzugeben. Er würde eine

Degradierung des preussischen Staates

darin sehen, wenn die preussische Regierungsbildung von dem Einfluß der Parteien im Reichstage abhängig gemacht würde. Dagegen müsse er sich grundsätzlich wehren.

Die interfraktionellen Besprechungen, an denen die Abgeordneten Müller-Franken, Guehard-Offen, Dr. Perltius und Dr. Stegerwald vom Zentrum, Dr. Scholz, Reich und Koch-Weser teilnahmen, wurden am Donnerstag bald nach 12 Uhr unterbrochen. Sie sollen am Nachmittag fortgesetzt werden. Im Mittelpunkt der Erörterungen steht nach wie vor das Problem der Regierungsbildung in Preußen.

In den Besprechungen Müller-Franken mit den verschiedenen Parteiführern war beschlossen worden, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei wegen der Regierungsbildung in Preußen in Verbindung treten soll.

Wie weiter gemeldet wird, wollen die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei darüber verhandeln, ob nicht doch eine Entscheidung der Reichstagsfraktion im Sinne der seinerzeitigen Erklärungen des Abgeordneten Herold und des preussischen Ministerpräsidenten Braun gefaßt werden kann, wonach die Umbildung der Regierung in Preußen im Herbst erfolgen soll, nachdem im Reich die große Koalition gebildet worden ist.

In den interfraktionellen Besprechungen über die Haltung der Deutschen Volkspartei werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Abgeordnete Müller-Franken gab die Stellungnahme des preussischen Ministerpräsidenten Braun gegenüber den Forderungen der Deutschen Volkspartei auf gleichzeitige Umbildung der Regierung in Preußen bekannt. In der Aussprache hierüber stellten die Unterhändler der Deutschen Volkspartei nach wie vor bestimmte Forderungen über die Regierungsbildung in Preußen für notwendig.

In der weiteren Aussprache wurde es als der zweckmäßigste Weg zur Überwindung der jetzt vorliegenden Schwierigkeiten bezeichnet, wenn die Parteien sich mit ihren preussischen Fraktionen in Verbindung setzen, um von den preussischen Regierungsparteien Erklärungen zu erhalten, die keinen Zweifel an dem ersten Willen zur Erweiterung der preussischen Regierung aufkommen lassen. Es wird damit gerechnet, daß sich schon heute nachmittag die in Frage kommenden preussischen Landtagsfraktionen mit dieser Frage beschäftigen werden.

Von demokratischer Seite wurde betont, man könne selbstverständlich mit der Bildung der Reichsregierung nicht so lange warten, bis die preussische Regierung neugebildet sei. Andererseits sei schon im Interesse der Fortentwicklung der Reichseinheit eine größere Homogenität der Regierung des größten deutschen Landes mit der Reichsregierung wünschenswert.

Die Sozialdemokraten erklärten, sie hätten den ersten Willen, in Preußen die große Koalition herbeizuführen.

Zentrum und D.D.P. gegen jeden Druck auf Preußen

Berlin, 15. Juni. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hielt Donnerstagnachmittag eine Sitzung ab, in der der Fraktionsvorsitzende über die Besprechungen mit den Parteiführern berichtete. Auch das Zentrum hält gleichartige Regierungen in Preußen und im Reich für wünschenswert. Es steht aber auf dem Standpunkt, daß es aus staatsrechtlichen Gründen nicht angängig sei, auf Preußen einen Druck auszuüben. Denselben Standpunkt hat in der gestrigen Besprechung der Parteiführer der Bayerischen Volkspartei, Prälat Leicht, eingenommen, indem er erklärte, daß seine Partei jede Einwirkung des Reiches oder der Reichsparteien auf die Bildung der Landesregierungen ablehne.

Eine sozialdemokratische Entschließung zur Regierungs-umbildung in Preußen.

Berlin, 14. Juni. (Funktspruch.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Donnerstagsabend in Anwesenheit des preussischen Ministerpräsidenten Braun eine Sitzung ab, die mehrere Stunden dauerte. Ueber den Verlauf wurde von der Fraktion folgender Bericht ausgegeben:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm den Bericht ihrer Unterhändler über die Verhandlungen mit den Parteiführern entgegen. Im Laufe der Verhandlungen wurde die Mitteilung gemacht, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei einmütig nach wie vor auf der gleichzeitigen Umbildung der preussischen Regierung besteht. Die sozialdemokratische Fraktion faßte einstimmig folgenden Beschluß:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt es aus staatsrechtlichen Gründen ab, auf die preussische Regierung und auf die preussischen Parteien einen Druck zur Umbildung der preussischen Regierung auszuüben.“

Stresemann soll helfen.

Um eine Weiterentwicklung zu ermöglichen, und die unter der Leitung des Abgeordneten Dr. Scholz, des Gegners der großen Koalition, gefaßten Beschlüsse, vielleicht umzuändern, begab sich abends der Abgeordnete Müller-Franken zum Außenminister Dr. Stresemann, der, durch die Folgen seiner Krankheit verhindert, bisher an den Verhandlungen der volksparteilichen Reichstagsfraktion nicht teilnehmen konnte. Er legte ihm dar, welche Entwicklung die Regierungsverhandlungen durch die Schuld der volksparteilichen Reichstagsfraktion genommen habe und wies darauf hin, daß, wenn die Volkspartei auf ihrem Standpunkt verharrt, eine Regierungsbildung auf der Grundlage der Weimarer Koalition erforderlich werden würde, so daß sich für Dr. Stresemann die Frage ergeben müßte, ob er als Fachminister an einer Regierung teilnehmen will, in der seine Partei nicht vertreten ist, oder auf sein Amt zu verzichten. Da man allgemein den Wunsch hat, in jedem Fall Dr. Stresemanns Arbeit der neuen Regierung zu sichern, gehen die Hoffnungen, die auch der Abgeordnete Müller-Franken dem Außenminister gegenüber ausgesprochen haben dürfte, dahin, daß Dr. Stresemann durch seinen Vermittlungsversuch die Gegenseite, die sich jetzt zwischen der Volkspartei und den anderen für die Regierungsbildung in Aussicht genommenen Parteien ergeben haben, wieder aus der Welt zu schaffen.

Ist die Volkspartei belehrbar?

Berlin, 14. Juni. Wie in den späten Abendstunden in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat Herrmann Müller die Absicht, trotz der Schwierigkeiten der Preußenfrage die große Koalition zunächst weiter zu verfolgen, so daß gegenwärtig die Frage der Weimarer Koalition nicht akut ist. Herrmann Müller hat mit dem Außenminister Dr. Stresemann die gesamte politische Lage durchgesprochen. Vorher ist auch der preussische Ministerpräsident Dr. Braun bei Stresemann gewesen. In unterrichteten Kreisen mißt man der morgigen Fraktions-sitzung der Deutschen Volkspartei erhebliche Bedeutung bei, weil sich zeigen muß, ob die Fraktion angesichts der ersten Bemühungen Herrmann Müllers um die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung nun nicht doch noch einmal die Kompromißmöglichkeiten überprüft, die in einer fundierten Zufolge für einen bestimmten Termin der Regelung der Preußenregierung liegen könnten.

Die Donnerstags-sitzung des Reichsrates

Berlin, 15. Juni. Der Reichsrat erlebte am Donnerstagnachmittag eine Anzahl kleinerer Vorlagen. Er genehmigte u. a. den Vorschlag des Reichsjustizministeriums, die freigebliebene Reichsgerichtsratsstelle mit dem Oberlandesgerichtsrat Dr. Delius-Damburg zu besetzen. Angenommen wurde ferner ein Gesetzentwurf betr. Änderung der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher und ein weiterer Gesetzentwurf über die Erhaltung von Rechtsanwaltsgebühren.

Die Finanzierung der Ernte

Berlin, 15. Juni. Ueber die gestern im Reichsfinanzministerium unter Beteiligung der zentralen Kreditinstitute abgehaltene Beratung über die Finanzierung der diesjährigen Ernte wird mitgeteilt, daß Uebereinstimmung darüber erzielt wurde, daß für die Finanzierung und Vergütung der Ernte in ähnlicher Weise wie im Vorjahre wiederum gesorgt werden wird.

Deutscher Reichstag

Berlin, 14. Mai. Altespräsident Bok eröffnet die Sitzung um 14 Uhr. Man schreitet sofort zur Präsidentenwahl.

Abg. Dittmann (Soz.) schlägt als Reichstagspräsidenten den Abgeordneten Löbe vor.

Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.) erhebt Widerspruch gegen die Wahl durch Zurn, da seine Partei den Abgeordneten Löbe schon in seiner Eigenschaft als Reichstagspräsident und Angehöriger einer volkswerräterischen Partei schärfstes Mißtrauen entgegenbringe.

Es muß also Wahl durch Stimmzettel erfolgen. Die Abstimmung ergibt die Wahl des Abgeordneten Löbe zum Präsidenten des Reichstages mit 318 Stimmen. 46 Stimmen sind auf den Abgeordneten Thälmann, elf Stimmen auf den Abgeordneten Dr. Frid (Nat.-Soz.) entfallen. Siebzig Stimmen waren ungültig, da die Deutschnationalen weiße Zettel abgegeben hatten.

Abg. Löbe übernimmt sofort das Präsidium und weist darauf hin, daß er zum dritten Male das verantwortungsvolle Amt des Reichstagspräsidenten übernehme. Mit dem Dank für die Wahl verbindet er die Versicherung, daß er sich bemühen werde, die ihm übertragenen Aufgaben vollkommen zu lösen. Als solche sehe er an die

Wahrung der Würde des Parlaments

(lebhafter Beifall und Zurne bei den Kommunisten), Förderung seiner Arbeiten und Unparteilichkeit nach allen Seiten. Zur Erreichung dieses Zieles bitte er um die Mitarbeit aller Parteien. Die Zusammenfassung des Hauses habe wesentliche Änderungen erfahren. 130 neue Abgeordnete sind in den Reichstag eingetreten. Trotzdem bestehen die alten Probleme weiter, die Prüfung des Wahlsystems, Revision der Geschäftsordnung, um eine Verhandlungsform zu finden, wie sie das deutsche Volk von seiner höchsten Vertretung verlangen kann. Der Präsident weist dann darauf hin, daß Deutschland seit 1920, wo der erste deutsche Reichstag eröffnet wurde, nach allen Seiten sichtbar vorwärtsgeworben sei.

„Wir hoffen, es wird im Laufe dieser Sitzungsperiode möglich sein, mit der

Begrenzung der Reparationen und der Verkürzung der Räumungsfrist

die Grundlage für eine innerpolitische Konsolidierung zu gewinnen. Dann wird uns die Fortsetzung der Politik der Völkerverständigung und Völkerveröhnung ermöglicht werden, für die die Wahlen die Voraussetzung geschaffen haben.“

Der Präsident gedenkt dann, während sich die Abgeordneten erheben, der in der Zwischenzeit gestorbenen Abgeordneten des neuen Reichstages, der Abg. Dr. Gildemeister, Seeger, Heine und Ged. Er dankt dann dem Alterspräsidenten und teilt mit, daß zahlreiche Glückwünsche von Auslandsdeutschen beim Reichstag eingegangen seien.

Für den Posten des ersten Vizepräsidenten schlägt dann Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) den Abg. Graef (Dn.) vor.

Abg. Koenen (Komm.) ruft: „Den Hausrecht!“

Präsident Löbe ruft den Abg. Abg. Koenen zur Ordnung.

Abg. Koenen: „Es geht schon los!“

Präsident Löbe: „Ihr Kollege im Preussischen Landtag war noch schneller damit zur Hand.“ (Heiterkeit.)

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, da die Deutschnationalen bei der Präsidentenwahl weiße Zettel abgegeben hätten, so werde die sozialdemokratische Fraktion bereits im ersten Wahlgang für den Zentrumskandidaten Effer stimmen.

Für den Abgeordneten Graef (Dn.) werden 191, für den Abg. Effer-Zentrum 187, für den Abg. Thälmann (Komm.) 48, für den Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.) elf Stimmen abgegeben. Es hat also keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten.

Es muß deshalb eine Stichwahl zwischen den Abgeordneten Graef und Effer stattfinden.

Die Stichwahl ergibt die Wahl des Abg. Effer (Zentrum) zum ersten Vizepräsidenten mit 248 Stimmen. Der Abg. Graef (Dn.) erhielt nur 148 Stimmen.

Für den Posten des zweiten Vizepräsidenten schlägt Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) erneut den Abg. Graef vor.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion jetzt für den Abg. v. Kardorff stimmen werde.

Der Abg. Graef erhält 142 Stimmen, Abg. v. Kardorff 203 Stimmen, Abg. Thälmann 47 Stimmen. Da die Mehrheit von 405 gerade 203 Stimmen beträgt, ist Abg. v. Kardorff zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. (Große Heiterkeit!)

In wenigen Worten

In der Frage der Umbildung der preussischen Regierung ist noch keine Einigung erzielt worden.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann bleibt vorläufig noch in Berlin.

Der Betriebsrat der Firma Knapp in Wanne sprach sich gegen Badstiebers Aussagen im Schacht-Prozess aus.

Im Verespionageprozeß in Stuttgart ist zwischen den Norma- und den Nibewerken ein Vergleich aufgedeckt worden.

Bei Frankfurt a. M. stürzte ein schweizerisches Flugzeug ab, wobei sechs Personen verletzt wurden.

Abg. Scholz (D.B.P.) schlägt nunmehr für den Posten des dritten Vizepräsidenten den Abg. Graef (Dn.) vor.

Abg. Koch-Weber (Dem.) schlägt Frau Dr. Bäumer (Dem.) vor.

Für den Abg. Graef werden 199, für Frau Dr. Bäumer 150 Stimmen, für den Abg. Giesche 54 Stimmen abgegeben. Da keiner der Bewerber die absolute Mehrheit hat, ist wieder Stichwahl erforderlich. Sie ergibt die Stichwahl des Abg. Graef mit 205 Stimmen. Für Frau Dr. Bäumer wurden 167 Stimmen abgegeben. Da Abg. Graef nicht im Saale anwesend war, konnte noch nicht festgestellt werden, ob er die Wahl annimmt.

Ein Tribünenbesucher, der versuchte, an den Reichstag eine Ansprache zu halten, wird sofort von einem Kriminalbeamten von der Tribüne entfernt. Von den Nationalsozialisten wird gerufen: „Umlegen!“

Der kommunistische Antrag auf Haftentlassung des Abg. Kippenberger-Damburg wird gegen die Stimmen der D.B.P. und der Deutschnationalen bei Stimmenhaltung der Wirtschaftspartei und der kleineren Gruppen angenommen. Das Haus verläßt sich dann auf Freitag, 15 Uhr.

Nach der Freitagssitzung wird sich der Reichstag auf unbestimmte Zeit verlagern, bis die Regierung dem Reichstag ihr Programm vorlegen kann.

Schluß 17.15 Uhr.

Die Große Koalition in Anhalt gescheitert

Desau, 15. Jan. Die Große Koalition ist in Anhalt daran gescheitert, daß die Deutsche Volkspartei für ein aus zwei Ministern bestehendes Ministerium den einen Minister für beantragte, während die Sozialdemokratie der Deutschen Volkspartei einen Minister für nur in einem dreigliedrigem Ministerium zuzulassen wollte. Die Deutsche Volkspartei verzichtete daraufhin auf die Regierungsbeteiligung und der Landtag wählte den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Deß erneut zum Ministerpräsidenten und den bisherigen demokratischen Minister Dr. Weber wieder zum zweiten Minister.

Das Ende des Stuttgarter Werkschwarzprozesses

Stuttgart, 15. Juni. Im Werkschwarzprozeß gab am Donnerstag der Vertreter der Nebenklägerin, Rechtsanwalt Dr. Kutz, folgende Erklärung ab: „Auf Anregung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie haben unter Mitwirkung des Reichstagsabgeordneten Cremer im Interesse des Wirtschaftsfriedens Ausgleichsverhandlungen stattgefunden. Die Herren Kahn und Rosenthal erklären nun folgendes: Wir haben uns im Laufe des Prozesses überzeugt, daß die Normenwerke auf Grund des ihnen vorliegenden Materials den Verdacht hegen mußten, es seien ihnen zugunsten der Werke A.-G. Geschäfts- bzw. Betriebsgeheimnisse entwendet worden. Etwas derartiges ist indessen weder mit unserem Willen noch Wissen erfolgt. In keinem Fall würden wir eine derartige Handlungsweise gebilligt oder gebilligt haben und wir bedauern, wenn etwa untergeordnete Angestellte in übertriebenem Geschäftseifer zu derartigen Mitteln gegriffen haben sollten.“

Wir haben uns weiter davon überzeugt, daß sämtliche im Laufe des Prozesses gegen die S.A.G.-Norma bzw. ihre Leiter erhobenen Anschuldigungen sich nicht aufrecht erhalten lassen.“

Hierauf erklärte der Vertreter der Nebenklägerin: „Auf Grund dieser Erklärung nehmen wir den Strafantrag zurück.“

Bezüglich der durch Rücknahme des Strafantrages erwachsenen Kosten sowie etwaiger zivilrechtlicher Ansprüche wird zwischen den Parteien eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Vom Vorsitzenden wurde sodann mitgeteilt, daß das Gericht die Einstellung des Verfahrens gegen Kahn, Rosenthal und Uffig beschlossen habe und sich bezüglich der anderen Angeklagten sofort mit dem Justizminister ins Benehmen setzen werde.

Der Betriebsrat der Firma Knapp gegen Badstieber

Berlin, 15. Juni. Der Angeklagte Badstieber in Moskau hatte u. a. behauptet, daß er eine Bestätigung des Betriebsrates der Firma Knapp in Wanne erhalten habe, wonach die an Rußland gelieferten Maschinen schlecht gewesen seien.

Wie hierzu der Betriebsrat der Firma Knapp in Wanne erklärt, ist das nach Rußland gelieferte Maschinenmaterial demselben Arbeitsprozeß unterworfen worden, wie das Ma-

terial, das in Deutschland, Frankreich und Belgien von der Firma Knapp verkauft worden ist. Die nach Rußland gelieferten Maschinen seien ebensogut gewesen wie die Maschinen, die Deutschland, Frankreich und Belgien von der Firma Knapp gekauft hätten. Jede Maschine sei überdies auf dem Prüfstand auf das genaueste nachgeprüft worden. Jedes Mitglied der Firma Knapp wäre daher bereit gewesen, auf Montage dieser Maschinen zu gehen.

Diese Erklärung ist außerordentlich bemerkenswert, da sie von Arbeitern gefaßt worden ist.

Schweres Flugzeugunglück

Frankfurt a. M., 15. Juni. Ein am Donnerstag um 10.15 Uhr auf dem hiesigen Flugplatz in Richtung nach der Schweiz aufgestiegenes Flugzeug der Schweizerischen Luftverkehrsgesellschaft „Alptra“ wurde bei Niederrad durch einen Wirbelsturm zur Notlandung gezwungen. Hierbei ist der Apparat stark beschädigt worden. Der Flugzeugführer und drei Flugpiloten wurden verletzt. Außerdem wurden bei der Landung drei Knaben, die sich auf dem Schulwege befanden, verletzt. Die sieben Verletzten sind dem Krankenhaus zugeführt worden.

Ein schwarzer Tag für die französischen Militärflieger

Berlin, 15. Juni. Wie die Berliner Nachtausgabe aus Paris meldet, haben von 21 französischen Bombenflugzeugen die Mittwochabend 9 Uhr in Nancy zu einem Geschwaderflug nach Le Bourget aufgestiegen waren, Donnerstags nur vier ihr Ziel erreicht. Ein Flugzeug wurde bei einer Notlandung fast völlig zerstört, während die übrigen mit leichten Beschädigungen davorkamen. Ein Flugzeug stürzte auf freiem Felde ab; der Beobachter wurde getötet, der Pilot konnte sich durch Fallschirmabprung retten. Fünf weitere Flugzeuge wurden bei Notlandungen, die sie unterwegs vornehmen mußten, schwer beschädigt. Von den anderen Flugzeugen fehlt bis jetzt noch jede Spur.

Was Mißlingen des Geschwaderfluges wird auf die ungünstigen atmosphärischen Verhältnisse im Osten von Paris und auf die infolge einer Störung der Stromversorgung ungenügende Beleuchtung des Flugplatzes, Le Bourget, zurückgeführt.

Schwerer Unfall bei einem Schulausflug

Berlin, 15. Juni. Wie die Abendblätter melden, ereignete sich am Donnerstagnachmittag unweit des Ortes Schönfeld, zwischen Beelitz und Treuenbrietzen, ein schwerer Unfall. Eine Klasse der Beelitzer Mittelschule hatte nach dem genannten Dorfe einen Ausflug unternommen. Dabei marschierten die Kinder oberhalb einer Kiesgrube entlang. Vier Kinder gingen trotz des ausdrücklichen Verbotes der Lehrerin zu dicht an die Grube heran und stürzten ab in die Tiefe. Durch die nachfallenden Riesmassen wurden die Kinder vollständig verschüttet. Nach mehrstündiger Arbeit waren alle vier Kinder aus den Riesmassen befreit. Bei zwei Kindern im Alter von 12 Jahren war bereits der Tod eingetreten, während die beiden anderen nach längeren Wiederbelebungsversuchen in schwer verletztem Zustand nach dem Krankenhaus gebracht wurden.

Die Deutschnationalen fordern Redeverbot gegen Bask

Berlin, 15. Juni. In einem von der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im Preussischen Landtag eingereichten Antrag wird das Staatsministerium ersucht, gegen den französischen Professor Bask, der auf Einladung der Liga für Menschenrechte in Berlin und im Jahre vorher in Potsdam deutsche Feinde Reden für die Verlängerung des Versailler Diktats und des Dawespattes gehalten habe und vorläufiglich wieder zu halten versuchen werde, das Redeverbot für das gesamte Gebiet des preussischen Staates auszusprechen.

Ferner haben die Deutschnationalen im Landtag einen Antrag eingebracht, in dem die Staatsregierung ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß unverzüglich dem Reichstage zur Beschlußfassung der Entwurf eines Reichsgesetzes zur Regelung der sozialen Kleinrentenfürsorge auf der Grundlage eines Rechtsantrags vorgelegt werde. Durch die vorzeitige Reichstagsauflösung sei die reichsgesetzliche Regelung dieses Problems nicht möglich gewesen. Umso mehr sei es notwendig, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie dem neuen Reichstag eine Vorlage unterbreite, die diese Frage unter Befolgung eines Rechtsantrages der Kleinrentner regelt.

kann darauf schwören, daß ich sie aus dem Hotel bekam, ebenso wie diese beiden anderen.“

„Zeigen Sie mir die auch!“ rief Trevischi erregt.

„Nein, die sind ganz in Ordnung.“

„O, dem Himmel sei Dank!“ rief Frau Carlson erleichtert.

„Aber bitte, sehen Sie doch auch alle übrigen nach, ob auch keine falschen weiter darunter sind.“

„Ja, ja, alle gut, Frau Carlson.“ antwortete er, sie häufig durchblättern.

„Dann geben Sie mir die falsche Banknote wieder, Herr Notar, und ich werde mir dafür sofort eine andere geben lassen.“

„Nein, nein, Frau Carlson, die Banknote ist nicht falsch,“ entgegnete der Notar anscheinend gelassen, obgleich ihm das Herz heftig klopfte.

„Aber weshalb erschrecken Sie mich denn so sehr? Sind Sie auch ganz sicher, daß es eine gute Banknote ist?“

„So gut, Frau Carlson, daß ich Ihnen sofort zehn Sovereigns in Gold dafür geben würde. Fünfhundert, wenn nötig,“ fügte er flüsternd hinzu, und nachdem dann die Witwe die beiden neuesten Banknoten wieder in ihren Taschenkasten gelegt und er ihr seine Quittung für die zweihundertundfünfzig Pfund gegeben hatte, begab er sich auf den Rückweg nach der Kreisstadt in einer Erregung, die ihm völlig neu war, und er kam auch nicht eher zur Ruhe, als bis er in seinem Arbeitszimmer eingeschlossen war und die Banknote mit dem Nummernverzeichnis der aus Gartrams Granitkammer fehlenden Banknoten verglichen hatte.

„Es scheint unmöglich,“ dachte er und prüfte noch einmal den auf die Rückseite der Banknote geschriebenen Namen. „Ja, es stimmt doch. Da habe ich die Spur und den Beweis, wonach ich lange vergebens gesucht — durch Zufall.“

Da sprang Trevischi entsetzt auf, so daß er das Tintenfäß umriß, aber ohne es zu beachten; denn seine Ge-

Vor der Begnadigung Rüdins und Rosses

Paris, 15. Juni. Nach dem amtlichen Bericht beschäftigt sich der französische Ministerrat am Donnerstag mit laufenden Angelegenheiten.

Trotz dieser belanglosen Verlautbarung geht man aber nicht fehl in der Annahme, daß im Vordergrund der ministeriellen Beratungen die Frage stand, welche Haltung die Regierung zu der Interpellation Balthers angesichts der durch die Pariser Besprechungen des Abbe Daegs neu geschaffenen Lage einnimmt. Die Regierung sieht sich der Alternative gegenüber, entweder die autonominischen Deputierten zu entlassen und sich dadurch dem Vorwurf auszusetzen, die Justiz durch die Politik zu beeinflussen und gleichzeitig auch zur Freilassung der kommunistischen Deputierten gezwungen zu sein oder aber sie fest durch die Vertrauensfrage der Entlassung der Autonominen ihr Veto entgegen und läuft Gefahr, daß dadurch über Elsaß-Lothringen der schärfste Kampf entbrennt, den Frankreich in den letzten zehn Jahren gesehen hat. — In parlamentarischen Kreisen neigt man darum der Auffassung zu, daß die Regierung die stillschweigende Verpflichtung übernimmt, Rüdins und Rosses für die Amnestie des Nationalfeiertages ihre Abgeordneteneigenschaft und Freiheit zu geben.

Polen verständigungsbereit — wenigstens im Reden.

Warschau, 14. Juni. Die am meisten verbreitete polnische Zeitung, der Krakauer Illustrierte Kurier, veröffentlicht bemerkenswerte Äußerungen von polnischen Politikern über die Aussichten der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Regierungswechsel im Reich. Von maßgebender Stelle, also dem polnischen Außenministerium, wurde dem Blatte erklärt, daß man dort den Richtungswechsel in Deutschland als eine entscheidende Erleichterung für die schwelenden Verhandlungen betrachte. Die polnische Regierung ist auch von sich aus bestrebt, alles zu tun, um der neuen deutschen Regierung eine Verständigungspolitik zu erleichtern. Man wird diese ruhigen und verständigen Worte als einen Versuch zu betrachten haben, den ungünstigen Eindruck der Erklärungen Jasekiss über Polens Interesse an der Rheinlandfrage in Deutschland abzumildern. Noch optimistischer als die amtliche Stelle äußert sich der polnische Sozialistenführer Dr. Diamand an der gleichen Stelle über die Aussichten der Verständigung mit Deutschland, indem er vor allem auf den guten Willen und den Einfluß seiner sozialistischen Freunde in Deutschland verweist. Die Redaktion des Blattes schwächt diese Erklärung allerdings dadurch ab, daß sie voraussetzt, daß der Zwang zur Verständigung mit mehreren bürgerlichen Koalitionsparteien die deutsche Sozialdemokratie zwingen werde, ihre Auffassung, daß die Frage der deutsch-polnischen Grenzrevision zur Zeit nicht aktuell sei, wenigstens nicht allzu stark öffentlich zu unterstreichen.

Frankenstabilisierung frühestens am Samstag, den 23. Juni

Paris, 15. Juni. Am Mittwoch haben neue Besprechungen zwischen Poincaré, dem Gouverneur der Bank von Frankreich und anderen Persönlichkeiten stattgefunden, in denen der Wortlaut der Gesetze und Verordnungen festgelegt wurde, die dem Parlament für die Frankenstabilisierung unterbreitet werden sollen. Ueber diese Arbeiten sowie über den Zeitpunkt, an dem sich das Parlament mit der Währungsneuordnung befassen soll, wird noch immer streng Stillschweigen bewahrt. Immerhin ist anzunehmen, daß die parlamentarischen Arbeiten rasch beendet sein werden, und zwar voraussichtlich an einem Samstag, damit die Gesetze und Verordnungen in dem Staatsanzeiger vom Sonntag erscheinen können. Diese Maßnahmen sollen getroffen werden, um einen Ansturm der Spekulation auf den Franken und die französischen Wertpapiere auch im Ausland am Wochenende zu verhindern. Da die Finanzkommission am kommenden Mittwoch gebildet wird, ist damit zu rechnen, daß sie sich bereits am folgenden Freitagabend mit den Vorschlägen der Regierung befassen wird, so daß das Parlament frühestens am Samstag, den 23. Juni, die Frankenstabilisierung beschließen kann.

Die Hilfe für Nobile

Düsseldorf, 15. Juni. Wie aus Kinsgaby gemeldet wird, sind dort der dänische Ingenieur Varming und der holländische Hundeführer van Dangen mit ihrem Hundegespann eingetroffen. Die „Braganca“, die am Donnerstag in Kinsgaby erwartet wird, soll die Hundeschlittenexpedition am Bord nehmen. Die Sachverständigen meinen, daß die ganze Ret-

ten hatten eine neue Wendung genommen, und voller Grauen rief er laut:

„Mein Himmel! Er hat ihn ermordet! Ja, Gartram starb infolge einer zu großen Dosis Chloral. Das war das Ergebnis der ärztlichen Untersuchung. Anders konnte der Gendarm gar nicht zu dem Gelde gelangen. Jemand war ihm das Geheimnis der Granitkammer bekannt geworden und — ja, dann hatte er ihn vergiftet, um diese große Summe nehmen zu können. Das wahnsinnige Gerücht, welches sich gegen Herrn von Werner richtete, hatte also mit dem Instinkt des Volkes doch nicht ganz unrecht, nur daß es sich gegen den falschen Mann richtete. Dies war der Mörder!“

„Nein, nein! Meine Gedanken verwirren sich; ich muß mich beruhigen.“

Er trank mehrere Gläser kalten Wassers und begann ruhig im Zimmer auf und ab zu gehen, bis er endlich sich wieder hinsetzte und nochmals die ganze Sachlage erwog, dabei jeden Punkt, der ihm irgendwie zu Gynodons Gunsten zu sprechen schien, besonders ins Auge fassend.

Aber die Schuldbeweise häuften sich bei seiner weiteren Erwägung doch so sehr, daß er nachdenklich vor sich hinflüsterte: „Aber wie ließe sich seine wahnsinnige Unmässigkeit im Trinken anders erklären — wie sein Benehmen am Hochzeitsstage — sein fassungsloses Entsetzen, als er Gartrams Bild erblickte — die Phantasien in seinem Delirium, von denen mir Mary so viel erzählte?“

„Ja, er ist doch der Mörder!“ rief Trevischi endlich mit der Faust auf den Tisch schlagend. „Gartram wurde vergiftet — vielleicht zufällig — und großer Himmel! Wie soll ich nun unter diesen Umständen handeln?“

Lange dachte er nach und kam dann mit kalter Entschiedenheit zum endgültigen Entschlusse.

„Ja, mir ist die Sache klar, aber um ganz sicher zu gehen, werde ich zuvörderst noch eine Autorität in Strafsachen konsultieren.“

Werners Werbung.

Roman von George Manville Fenn und Carl Johannes.

„Was verloren, Herr Notar?“

„Ihre Zinsen! Wieviel Jahre haben die Banknoten hier schon gelegen?“

„O, eine ganze Anzahl von Jahren, Herr Notar. Einige wurden schon von meinem seligen Mann hineingelegt und ich legte dann immer wieder eine neue dazu, sobald ich zehn Pfund gespart hatte — Die Goldstücke behielt ich in meiner Tasche, bis ich zehn zusammen hatte, und dann wechselte ich mir dafür eine Banknote ein.“

„Gar kein übler Gedanke,“ meinte der Notar, die Banknoten zählend. „Siebenundzwanzig, Jede zu zehn Pfund. Zweihundertundfünfzig Pfund. Die Hypothek beträgt nur zweihundertundfünfzig Pfund, Frau Carlson. Wegen Sie also diese beiden als Heftgroßchen zurück.“

Er nahm die beiden oberen Banknoten ab, gab sie ihr, drehte dann das Paket um und las das Datum der untersten, schon ganz alt und vergilbt aussehenden Note.

„Die Banknote ist schon sehr alt, Frau Carlson.“

„Schadet das etwas, Herr Notar? Gilt sie etwa nicht mehr?“

„O doch, die Bank von England löst jede ihrer Noten ein. Und diese oberste hat als Datum — zwei Jahre alt und im Aussehen noch so gut wie neu. Himmel!“

Die Nummer war ihm ins Auge gefallen und in fieberhafter Erregung drehte er die Banknote um und fand auf der Rückseite auch einen Namen geschrieben.

O, Herr Notar! Es ist doch nicht etwa eine falsche Banknote?“

„Wie? Falsch?“ wiederholte der Notar mechanisch.

„Woher haben Sie diese Banknote?“

„Aus dem Hotel, Herr Notar,“ rief die Witwe in ängstlicher Aufregung. „Ich lasse mir dort immer meine Goldstücke umwechseln. Aber ich werde sie gleich zurückkaufen und mir eine andere dafür geben lassen, denn ich

Insaktion für Nobile spätestens in 14 Tagen durchgeführt sein müsse, wenn sie überhaupt Aussicht auf Erfolg haben soll. Amundsen hat erklärt, er müsse seine Hilfsmittel aufgeben, da die Amerikaner nur dann zu einer Mitwirkung bereit seien, wenn sie dazu direkt von der italienischen Regierung aufgefordert würden. Die „Draganca“ hat auf dem 80. Grad, 30 Min. nördlicher Breite eine Eisdicke von 1½ Metern Dicke festgestellt. Man befürchtet, daß auch der russische Eisbrecher nicht in der Lage sein wird, sich dort einen Weg zu bahnen. Der Sturm über Spitzbergen hat sich gelegt und klarem sonnigen Wetter Platz gemacht.

Thea Rasche gibt den Ozeanflug auf

Newport, 15. Juni. Die deutsche Sportfliegerin hat ihren neuen Ozeanflugplan aufgegeben. Das Flugzeug „Belanca“ wird wieder seinem früheren Besitzer zugeführt werden.

Ein österreichischer Staatsangehöriger aus Bozen ausgewiesen

Wien, 15. Juni. Der seit acht Jahren in Bozen ansässige aus Innsbruck stammende Maschinenhändler Leopold Unterregger ist ohne Angabe von Gründen aus Italien ausgewiesen worden. Er wurde gezwungen, sein Geschäft zu verlassen. Schon von einigen Wochen lachten Quänturbeamte Unterregger auf und fragten ihn, ob er, der österreichischer Staatsbürger ist, im österreichischen Heere gedient habe. Auf Bejahung dieser Frage wurden dem Kaufmann die Geschäftsbücher aberkannt, worauf er den gerichtlichen Ausweisungsbefehl erhielt. Eine Anfrage des österreichischen Konsuls in Mailand, der eigens nach Bozen reiste, um sich Unterreggers anzunehmen, blieb erfolglos. Der Frau Unterregger ist gestattet worden, vorläufig in Bozen zu bleiben. Auf Umwegen erfuhr Unterregger, daß der Grund seiner Ausweisung in seiner „politischen Unzuverlässigkeit“ liege.

Bernehmung des Angeklagten Schadlun

Der Haftbefehl gegen die Deutschen Sebold und Köster.

Kowno, 15. Juni. Nach Meldungen aus Moskau wurde auf der Mittwochsprozedur Verhandlung der Angeklagten Schadlun vernommen. Er gibt zu, von ehemaligen französischen Grubenbesitzern Geld erhalten zu haben. Sie hätten ihm auch Anweisungen erteilt, die sich auf die Beschädigung von Gruben richteten hätten. Der Staatsanwalt erklärte, daß Schadlun die Grube Nr. 14 erfaßt habe. Er verzieht sich hierbei auf den Brief eines französischen Grubenbesitzers, den jedoch der Angeklagte zurückweist. Refrassow erklärt, daß Schadlun ihm 1000 Rubel versprochen habe, wenn er die Grube erfaßt. Er habe jedoch nur 500 Rubel erhalten. Schadlun widerlegt einen Teil seiner bei der Verhaftung gemachten Aussagen. Die Franzosen hätten eine besondere Gruppe organisiert, der Peter, Oratanowski und Wolkowski angehört hätten und die den ehemaligen Besitzern gefügig gewesen sei. Refrassow ist ätherisch nervös und weint.

Ueber die deutschen Ingenieure Sebold und Köster heißt es, daß der Haftbefehl gegen sie zwar erlassen sei, sie aber noch nicht in Haft genommen seien.

Sebold stellt sich der Staatsanwaltschaft zur Verfügung

Kowno, 15. Juni. Der deutsche Ingenieur Sebold hat sich der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt. Es ist daher anzunehmen, daß Sebold auf freiem Fuß lassen wird, zumal er bereits vor Monatsfrist seine Zeugenschaft angeboten hat und trotz schwerer Belastung durch Badstieber bereits in der Voruntersuchung in der Sowjetunion verbleiben konnte. Deutscherseits wird die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß Sebold in den Prozeß einbezogen wird, damit eine Rechtfertigung der Knapp-Firma möglich ist. Die Einbeziehung der Sache Sebolds in einen späteren Prozeß werde eine weitere Belastung der deutsch-russischen Beziehungen befürchten lassen.

Die „Iswekija“ gibt der deutschen Presse den Rat, von den deutschen Ingenieuren abzurufen. Die Sowjetpresse hält im allgemeinen Köster und Sebold für Mitglieder der Sabotageorganisation. Dieser Ansicht ist mit großer Entschiedenheit entgegenzutreten, zumal die Aussagen Badstiebers in vielen Fällen unwahr sind und überhaupt Badstieber unglaubwürdig ist.

General Fong versichert Fremdenschutz

Tokio, 15. Juni. General Fong versicherte am Mittwoch dem diplomatischen Korps in Peking, daß seine Truppen den vollen Schutz der Fremden übernehmen würden.

In Peking ist man noch im Zweifel, ob man — wie Tschangtsai es will — zunächst noch die Frage der Mandchurien klären, oder sofort in Verhandlungen über die Aufhebung der ungleichen Verträge eintreten soll.

In Tokio wurde am Donnerstag der Presse nach Aufhebung des Veröffentlichungsverbot bekanntgegeben, daß der kaiserliche Prinz Kuni am 14. Mai auf Formosa von einem jungen Koreaner mit einem Dolch angegriffen worden war, aber unverletzt geblieben ist. Der Täter wurde verhaftet. Der Generalgouverneur von Formosa reichte seine Entlassung ein.

Yen und Fong.

Der Kampf um die Macht in China.

London, 14. Juni. Im „Daily Telegraph“ wird hervorgehoben, daß nach den letzten Meldungen nicht nur Peking, sondern auch Tientsin von den Truppen des Militärgouverneurs von Schansi, General Yen, besetzt worden ist, während allgemein erwartet worden war, daß Fong trachte, Tientsin in seine Gewalt zu bekommen, um damit die Zufuhrlinie nach Peking zu beherrschen. „Morningpost“ meldet aus Peking: Gestern vormittag stattete Yen den Gesandtschaften Großbritannien, Amerika, Japan, Deutschlands, Frankreichs und Italiens Besuche ab. Er wiederholte seine Zusicherung betreffend Schutz des Lebens und Eigentums der Ausländer in Peking und erklärte, er habe die Lage vollständig in seiner Gewalt.

London, 14. Juni. Das plötzliche Eintreffen von General Paitshui in Peking hinter dem eine große Armee steht, wird in chinesischen Kreisen als ein Schritt zur Unterstützung des Generals Yen in der Abwehr vermutlicher Pläne des Generals Fong, sich zum Herrn von Nordchina zu machen, aufgefaßt. Die Nachrichten über Tientsin lauten etwas widersprechend. Es scheint aber festzustehen, daß seit gestern wieder Ruhe und Ordnung herrscht, nachdem die Banden von Deserturen der nördlichen Armee in der vorangegangenen Nacht in der Chinesenstadt mit Mord und Raub furchtlos gehaust hätten. Die Meldungen lassen die Frage im Unklaren, wie die Beziehungen zwischen der Pankinger Regierung und dem General Fong, der sich offenbar Tientsin bemächtigen wollte, und dem General Yen, dem Gouverneur von Schansi, der ihm dabei zuvorkam,

sind. Der Korrespondent der „Morningpost“ in Peking befürchtet, daß sich General Yen in Peking nicht werde behaupten können angesichts der militärischen Dispositionen des Generals Fong in der Umgebung von Peking.

Badischer Landtag

Arbeitschutz — Gewerbeaufsicht — Handwerkerfragen.

Karlsruhe, 14. Juni. Pünktlich halb 9 Uhr wurde in der Einzelberatung bei Titel „Gewerbeaufsicht und Arbeitschutz“ fortgesetzt.

Abg. Feinmann (Ztr.) wies darauf hin, daß die Schulungsurteile für die Landwirtschaft im Bezirksamt Bruchsal große Erfolge erzielt hätten. Es sei eine Anzahl von Tabakarbeitern zu Landwirten umgeschult worden und sie hätten dadurch ihre Lebenshaltung wesentlich verbessern können. Der Redner wünschte Ausdehnung dieser Schulungsurteile.

Abg. Feinmann (Komm.) äußerte sich über die Betriebsunfälle, die dem bürgerlichen Kapitalismus zur Last zu legen sind. Der Redner forderte stärkere Heranziehung der Betriebsräte und eine größere Schutzfrist für diese.

Abg. Reinhold (Ztr.) ersuchte, die Regierung möge darauf hinwirken, daß die vakanten Betriebskontrollstellen wieder besetzt werden und zwar sollen diese aus den Kreisen der Gewerkschaften genommen werden.

Abg. Duffner (Ztr.) erklärte, daß die Landwirtschaft gegen den Arbeitschutz eingestellt sei. Die Betriebsräte sollen die Arbeiter anhalten, sich der Schutzmittel zu bedienen.

Abg. Heurich (Ztr.) bemerkte, die Gewerkschaften hätten die Arbeiterkraft genügend über den Gebrauch der Schutzmittel aufgeklärt.

Abg. Weismann (Ztr.) wünschte eine stärkere Beachtung der Gewerbeaufsichtsberichte in der Presse. Die Gewerbeaufsicht könnte intensiver gestaltet werden, wenn eine genügende Anzahl von Beamten zur Verfügung ständen.

Abg. Marzloff (Ztr.) wünschte eine bessere Spezialvorbildung der jungen Gewerbeaufsichtsbeamten. Unbedingt erforderlich sei eine Vereinfachung des Arbeitsrechtes. Der Redner kommt dann auch auf die Frage der Verreichlichung der Gewerbeaufsicht zu sprechen.

Abg. Arnold (Ztr.) verbreitete sich über bessere Vorkehrungsmassnahmen in Betrieben zum Schutze der Arbeiter.

Abg. Reibach (Ztr.) berichtete sodann über den kommunalistischen Antrag, dessen Erledigung eingebracht wurde, der sich für das Verbot des „Schiffenkaufens“ in den Baumwollwebereien ausspricht. Das Haus schloß sich dem Rechtspflegeausschußantrag auf Zustimmung an, ebenso den Ausschußantrag zu dem Gesuch des Vorstandes des Deutschen Textilarbeiterverbandes, dieses Gesuch der Regierung empfehlend zur Kenntnis zu überweisen, mit dem Ersuchen, das badische Gewerbeaufsichtsamt zu beauftragen, die Einführung geeigneter Weichschiffen in den Webereien tunlichst zu fördern und die Weber über die Gefahren des Schiffenkaufens aufzuklären.

Ministerialdirektor Föhrenbach betonte, daß gegen Ueberschreitungen des Nachbaderbotes energisch vorgegangen werde; das Nachbaderbot werde weiter gehandhabt. Den Wünschen auf Vereinfachung des Arbeitsrechtes stimme die Regierung zu, der Frage der Verreichlichung der Gewerbeaufsicht stehe sie skeptisch gegenüber.

Im Anschluß daran berichtete Abg. Dr. Glocker (Dem.) über eine Eingabe des Oberamtmanns Dr. Sauter in Freiburg über die Verreichlichung der Ueberwachungsämter. Der Haushaltsausschuß beantragte hierzu, diese Eingabe durch die Beschlußfassung zum Staatsvoranschlag und zum Personalanhang für erledigt zu erklären.

Abg. Bod (Komm.) kritisierte das Schlichtungsverfahren abfällig, worauf Abg. Heurich (Ztr.) dieses verteidigte. — Abg. Reinhold (Ztr.) wandte sich gegen die Ausbildung der Gewerkschaften durch die kommunalistische Zellenbildung.

Abg. Laiber (Wirtsch. Part.) beantragte den Abbruch von 10000 Mark als Staatsbeiträge für die Rechtsauskunftstellen. — Der Antrag Laiber wurde abgelehnt, ebenso ein kommunalistischer Antrag, der sich gegen das Schlichtungsverfahren wandte.

Angenommen wurde ein Antrag des Haushaltsausschusses auf Einstellung von 10000 Mark für die Ausbildung von Betriebsräten. — Schließlich fand der gesamte Titel die Zustimmung des Hauses mit Ausnahme der Kommunisten.

Titel 14: Gewerbe und Handel.

Abg. Wilsen (D. Vp.) wandte sich gegen den Verkauf von allen möglichen Waren in den Sodawasserhändlern an den Sonntagen. — Abg. Lang (D.N.) begründete seinen Antrag auf Erhöhung des Staatsbeitrages zur Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens von 2500 Mark auf 5000 Mark und charakterisierte das Submissionswesen als verwerflich für das Handwerk.

Abg. Burckhardt (Dem.) hob hervor, daß die Beseitigung des Submissionswesens in allererster Linie vom Handwerk erreicht werden müßte. Um die Zukunft des Handwerks zu sichern, müßte für eine bessere Allgemeinbildung des Nachwuchses gesorgt werden.

Im Anschluß an einen Antrag Dr. Matthes (D. Vp.) und Gen. bekannt, den Staatsbeitrag an den badischen Verkehrsverband von 2500 Mark auf 5000 Mark zu erhöhen. Die beiden Anträge Lang und Matthes wurden dem Haushaltsausschuß überwiesen.

An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Abgg. Feinmann (Ztr.), Marzloff (Ztr.), Lechleiter (Komm.) und Gerhardt (Ztr.), die sich hauptsächlich mit dem Submissionswesen und der Ausbeutung der Krankenkassen befaßten, ferner Abg. Hofeinz (Dem.), der die Selbstversorgung der Beamten, deren Berechtigung er im Prinzip nicht anerkennen könne, besprach. — Die Abstimmung über den gesamten Titel wurde vertagt, bis die eingereichten Anträge im Haushaltsausschuß erledigt sind.

Titel 15: Eisenwesen.

Abg. Kramer (Ztr.) stellte den Antrag, die Reichsregierung möge ersucht werden, die Eisenpflicht von 2 auf 5 Jahre auszudehnen. Nach kurzer Aussprache wurde der Titel einstimmig angenommen, ebenso der Antrag mit großer Mehrheit.

Titel 16: Bearbeitung der Landesstatistik.

Abg. Frau Siebert (Ztr.) sprach den Dank an das statistische Landesamt aus unter fortgesetzter Unruhe des Hauses, denn der Präsident machte zum wiederholten Male das Haus auf den reichen Arbeitsstoff aufmerksam, der noch am heutigen Tage ausgearbeitet werden müsse. — Abg. Hofeinz (Dem.) gab die Anregung, das statistische Landesamt solle die Grundlagen für eine Renaliederung des Reiches ausarbeiten. — Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Bod (Komm.) wurde der gesamte Titel einstimmig angenommen.

Um 13 Uhr brach der Präsident die Vormittags-Sitzung ab. Fortsetzung 4 Uhr nachmittags.

In der Nachmittags-Sitzung setzte eine große Landwirtschaftsdebatte ein, die nahezu sechs Stunden in Anspruch nahm. Im Verlaufe dieser Debatte wurde die Notlage der Landwirtschaft von den Rednern verschiedener Parteien beleuchtet und dargestellt, wobei natürlich auch die Spezialwünsche der Landwirtschaft auf Schutz, bessere Schulung der bäuerlichen Jugend, Verstärkung des Absatzes direkt an die Verbraucher unterstrichen wurden. Im Zusammenhang damit wurde auch das Umschuldungsgezet und der Zentrumsantrag über die Frostschäden in den Weinbaugebieten des Landes und die dabei gewünschten Steuernachlässe für die Winzer erörtert. Das Umschuldungsgezet wurde in erster und zweiter Lesung gegen die kommunistischen Stimmen angenommen. Der Frostschädenantrag fand einstimmige Annahme. Der deutschnationale (nicht volksparteiliche) Antrag auf Erhöhung des Staatsbeitrages für die gewerblichen Genossenschaften auf 5000 Mark und der volksparteiliche Antrag auf Erhöhung des Staatsbeitrages für den badischen Verkehrsverband ebenfalls auf 5000 Mk. wurde abgelehnt. Gegen Schluß der Sitzung wurden noch die Unterstützungsgelder an Hochwassererschädigte zur Sprache gebracht. Namens der Regierung erklärte Ministerialdirektor Föhrenbach, es sei richtig, daß die im Voranschlag vorgesehenen Unterstützungsmittel in Höhe von 200000 Mark für die Hochwassererschädigten nicht ausreichten, die finanzielle Lage lasse aber eine bessere Regelung nicht zu. Um 10 Uhr abends wurde dann der gesamte Voranschlag des Ministeriums des Innern mit allen gegen 5 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Nächste Sitzung Dienstag vorm. 9 Uhr: Justizministerium.

Aus Nah und Fern.

* **Sinsheim**, 15. Juni. (Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten von Peter und Paul.) Mit Rücksicht darauf, daß der Peter- und Paultag in diesem Jahre auf einen Freitag (29. Juni) fällt, wird die Geltungsdauer der vom 28. Juni, mittags 12 Uhr abgelösten Sonntagsrückfahrkarten ausnahmsweise bis Montag den 2. Juli, 9 Uhr vormittags, verlängert. Die Sonntagsrückfahrkarten gelten demnach zur Hinfahrt: Am Donnerstag, den 28. Juni, von mittags 12 Uhr an, Freitag, den 29. Juni, Sonntag, den 30. Juni, Sonntag, den 1. Juli und zur Rückfahrt, am Freitag, den 29. Juni, Samstag, den 30. Juni, Sonntag, den 1. Juli, Montag, den 2. Juli bis 9 Uhr vormittags.

* **Sinsheim**, 15. Juni. (Die Warteliste für die Zuweisung von Notstandsarbeiten.) Von dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde hinsichtlich der werkschaffenden Arbeitslosenfrage bestimmt, daß Arbeitslose beim Wechsel aus der einen in eine andere Notstandsarbeit vor Zulassung zur letzteren keine zweimöchige Unterstüßungsdauer erneut nachweisen müssen. Wenn die im Regelfalle auf die Höchstdauer von 3 Monaten bemessene Beschäftigung eines Notstandsarbeiters fortlaufend und ohne zwischenzeitliche Unterbrechung erfolgt ist, wird es auch als gleichgültig erachtet, ob diese Tätigkeit bei ein und derselben oder bei mehreren Notstandsarbeiten geleistet wurde. Dadurch wird den Arbeitslosen die Möglichkeit, sich einen neuen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung oder Krisenunterstützung zu erwerben, nicht mehr erschwert.

* **Hilsbach**, 14. Juni. (Beim Fußballspiel verunglückt.) Am Sonntag, den 3. Juni verunglückte beim Fußballspiel der 24-jährige Sohn des Schmiedemeisters Barth, indem er von einem Spieler so unglücklich einen Stoß in die Magengegend erhielt, daß ihm ein Darm plagte. Der Verunglückte wurde sofort per Auto ins Krankenhaus nach Heidelberg verbracht und einer Operation unterzogen. Am Sonntag nacht ist er nun seinen schweren Verletzungen erlegen. Den Eltern des allzu jung verstorbenen Mannes wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

* **Waldmühlbach**, 14. Juni. (Ein schweres Autounglück.) ereignete sich in der Nacht auf Dienstag auf der Straße von Hammelbach nach Bahlen. Das Auto eines Landwirts aus Wirlenbach stieß in der Kurve, nachdem eine Hecke abgerissen war, gegen eine Steinwand, geriet in Brand und wurde vernichtet. Nur die Eisenteile blieben übrig. Die beiden Insassen wurden schwer verletzt und mußten in das Akademische Krankenhaus nach Heidelberg verbracht werden.

* **Eppingen**, 14. Mai. (Von der Pferdezecht.) Die diesjährigen Stutenkürungen der Zuchtgenossenschaft Eppingen finden am 22. und 23. d. Mts. statt. Am 27. Juni wird hier auf dem Karlsplatz eine staatliche Stutenschau, verbunden mit genossenschaftlicher Stutenschau und Hufbeschlagsbewertung mit Prämierung abgehalten.

* **Wiesloch**, 14. Juni. (Vom Auto überfahren.) Gestern mittags vor 2 Uhr wurde auf der Hauptstraße in der Nähe vom Hotel Pfalz das Söhnchen des Herrn Strickel, Beamter der Stadt, Sparkasse, das quer über die Straße sprang, von einem Auto erfasst und zu Boden geschleudert, wobei das Kind einen Oberschenkelbruch davongetragen hat. Den Fahrer trifft keine Schuld. Lebensgefahr soll keine bestehen.

* **Münzesheim**, 14. Juni. (Ein streikender Bürgerausschuß.) Da die Mitglieder des Bürgerausschusses schon zweimal nicht zur Sitzung erschienen, gelten die zur Beratung bestimmten Vorlagen, Entwässerung der Unterwiesheimer Straße und Gehaltsrückzahlung der Gemeindebeamten, als angenommen.

* **Reilingen**, 14. Juni. (Nächtliche Geistermusik.) Eine lustige „Spukgeschichte“ hat sich hier zugetragen. Dieser Tage erklang um Mitternacht aus einer Wirtschaft plötzlich Musik. Die Polizei glaubte, Ueberflüchter feststellen zu können, aber es war kein Licht in dem Lokal und kein Mensch darin anwesend. Nun begann ein Rätselraten über die mysteriöse „Geistermusik“. Die Wirtsleute konnten nachweisen, daß sie um die fragliche Zeit längst im Bett lagen und schliefen, von der Musik also nichts gehört hatten. Nachträglich stellte sich die Spukgeschichte als ein harmloser Scherz heraus. Ein Stammgast, kein Einbrecher, stieg zur mitternächtlichen Stunde durch das aus Versehen offen gelassene Fenster der Wirtschaft ein und warf zweimal hintereinander ein Geldstück in den Musikapparat, der hierauf zum Gaudi der Beteiligten seine Gespensterweisen erklingen ließ.

* **Auerbach**, 14. Juni. (Schweres Autounglück.) Ein Auto, besetzt mit drei Heidelbergern und einem 4 Jahre alten Knaben, rannte beim Bahnübergang bei der Auerbachermühle gegen den Schlagbaumposten und von da gegen die Straßenböschung. Der Führer und ein Mitfahrer wurden am Kopf schwer verletzt. Sie wurden nach Mosbach verbracht. Das schwerbeschädigte Auto mußte am Platz zurückgelassen werden.

* **Mannheim**, 14. Juni. (Abendfest.) Die Vorbereitungen zu dem für den 24. Juni anlässlich des 200-jährigen Handelskammer-Jubiläums geplanten großen Mannheimer Abendfest lassen darauf schließen, daß hier eine außergewöhnliche Veranstaltung im Werden ist. Außer der Illumination der gesamten Gartenanlagen mit Leuchtkugeln und Lampionen werden auch die Häuserfronten am Friedrichsplatz und in der Augusta-Anlage elektrisch beleuchtet. Für eine abwechslungsreiche Unterhaltung der großen Besucherzahl, mit der besonders von auswärts gerechnet werden darf, ist gesorgt. Die imposante Illumination der gesamten Anlagen werden durch ein großes Höhenfeuerwerk, durch bengalische Beleuchtungen, römische Lichterpiele und das einzigartige Schau-

spiel der Leuchtfantane bereichert. Zwei bekannte Mannheimer Musikkapellen werden während des Abends konzertieren. Außerdem ist die Mitwirkung der Mannheimer Mandolinorchester in Aussicht genommen.

**** Pforzheim, 15. Juni.** Von einem Wolfshund gebissen. Vorgefunden wurde ein neunjähriges Mädchen beim Blumenpflücken von einem Wolfshund angefallen und im Rücken, an der Schulter und am rechten Oberarm buchstäblich zerfleischt. Ein Arzt, der sofort dem Kinde die ziemlich tiefen Wunden verband, beantragte die Tötung des Wolfshundes, der auch andere Kinder schon angefallen hat, wegen Tollwutverdachts.

**** Eppingen, 15. Juni.** (Schwerer Unglücksfall bei der Feuernte.) Beim Einbringen der Heuernte streifte in der Hauptstraße ein Heuwagen einen anderen, so daß dieser umstürzte. Die auf dem Heuwagen sitzende Ehefrau des Landwirts Fritz Bär erlitt durch den Sturz eine sehr schwere Kopfverletzung, der Zustand der verunglückten Frau ist bedenklich.

**** Ruffach, 15. Juni.** (Unfälle am Sommerauer Tunnel.) Bei den im Sommerauer Tunnel im Gang befindlichen Ausbesserungsarbeiten ist der Arbeiter Bögle aus Bellingen aller Wahrscheinlichkeit nach dadurch verunglückt, daß ein Gerüst, auf dem er arbeitete, einstürzte. Bei dem Sturz erlitt Bögle Arm- und Kopfverletzungen. Durch einen nachfallenden Stein wurde er an der Brust getroffen und ihm einige Rippenbrüche zugefügt. Einige Tage später wurde der bahnbedienstete Schweizer durch einen fallenden Stein am Kopf erheblich verletzt. Die Ausbesserungsarbeiten erfordern alle Aufmerksamkeit, vor allem, wenn es sich um die Auswechslung von Gemöbelsteinen handelt.

Zum Doppelmord im Thurnergebiet

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß über die badisch-schweizerische Grenze ein Unbekannter geflüchtet sei, den man mit dem Mord an den Mannheimer Lehrerinnen in Verbindung bringt. Eine Basler Zeitung meldet nun: In der Zeit mehrten sich in erschreckender Weise die Meldungen von überfallenen Frauen und Mädchen, die von herumstreifenden nicht nur belästigt, sondern in den meisten Fällen direkt angefallen und beraubt worden sind. Die Aussagen der Opfer über das Aussehen des Täters ging dabei so weit auseinander, daß die Polizei kein richtiges Signalement erhielt. Nun entdeckte jedoch kürzlich eine der Überfallenen an einem Anlaß ihren Verfolger und erstattete der Polizei sofort genaue Anzeige. So gelang es dieser, den Geflüchten gestern an seinem Arbeitsort festzunehmen. Es ist ein 25-jähriges verheiratetes, in Basel wohnendes Individuum, Metzger von Beruf, dem sechs Fälle von Raub, Mord, Überfall und Raub in Basel und ebensoviel im Binninger Raum angekreidet werden dürften. Der Täter hat zum Teil bereits gefunden.

Ob dieses Individuum einen Ausflug nach der Weistannenhöhe machte und als Mörder der beiden Lehrerinnen Verstoß in Betracht kommt, dürften die mit der Basler Polizei sofort aufgenommenen Verhandlungen wohl bald ergeben.

Protest gegen die Sensationslust beim Schwarzwaldmord. Neustadt i. Schw., 15. Juni. Gegen die übertriebenen Sensationsmeldungen anlässlich des Doppelmordes im

Thurnergebiet, die hauptsächlich bei einigen Berliner Zeitungen in Erscheinung trat, hat sich die Verkehrsvereinskommission für den Schwarzwald, Sitz Neustadt, gewendet. In der Protestkundgebung wird zum Ausdruck gebracht, es gäbe selbstredend in jedem Bergland Gebiete, die nur wenig begangen werden und wofür solch furchtbare Schreckenstaten möglich seien. Niemand empfinde aber solche Vorkommnisse schwerer, als die einheimische, ehrliche Bevölkerung. Gegen übertriebene Sensationsberichterstattung, die den Schwarzwald als ein Waldgebirge ohne jeden Schutz darstelle, müsse aber mit allem Nachdruck Protest erhoben werden. Wer den Schwarzwald kennt, weiß, daß sein Gebiet auch auf einsamen Wanderungen sicher ist und Verbrechen solcher Art wie im Thurnergebiet, seit Jahren nicht vorgekommen sind.

Radio-Programm

für Samstag, den 16. Juni 1928.

Berlin (483), Königsplatz (1250), 20.30 Uhr: Quodlibets. 22.30 Uhr: Tanzmusik.
Dresden (322), 20.30 Uhr: Spiel zu dreien v. Klubund.
Frankfurt (428), 13.00 Uhr: Schallplattenkonzert. 15.30 Uhr: Jugendstunde. 16.30 Uhr: Operettenmusik. 17.47 Uhr: Die Leierstunde. 20.15 Uhr: „Der Soldat der Marie“, Operette v. Leo Mayr. Darauf: Ue. v. Berlin.
Hamburg (394), 21.15 Uhr: Richard-Wagner-Abend. Anst. Hannover: Ue. v. Konzerts a. d. Cafe Ballhof.
Köln-Langenberg (468), Anst. Lustiger Abend. Anst. Sonderbericht u. d. Olympische Fußballturnier Amsterdam. Darauf: Nachtmusik und Tanz.
Leipzig (365), 22.15 Uhr: Funkbrett.
München (535), 20.00 Uhr: „Drei Paar Schuhe“, Lebensbild m. Gesang v. R. Görlig. 22.30 Uhr: Tanzmusik.
Stuttgart (379), 12.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 14.00 Uhr: Jugendstunde. 15.00 Uhr: Unterhaltungskonzert. 18.15 Uhr: Vorträge. 20.15 Uhr: Ue. v. Frankfurt.
Davenport-Experimental (491), 20.30 Uhr: Kammermusik. 22.20 Uhr: Alte Lieder und Lieder.
Davenport-London (361), 10.15 Uhr: Kurzer Gottesdienst. 13.00 Uhr: Konzert. 15.30 Uhr: Konzert. 17.15 Uhr: Kinderstunde. 18.00 Uhr: Orgelkonzert. 18.45 Uhr: Bunte Bierfeststunde. 19.15 Uhr: Grundlagen der Musik. 19.45 Uhr: Orchesterkonzert. 21.35 Uhr: Sinter Abend. 22.35 Uhr: Tanzmusik.
Paris (1750), 12.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 15.45 Uhr: Tanzmusik. 20.30 Uhr: Abendkonzert.
Wien (517), 20.15 Uhr: „Die Jüdin von Toledo“, Historisches Trauerspiel v. F. Grillparzer.
Zürich (588), 20.15 Uhr: Ue. v. Wien.
Prag (348), 20.00 Uhr: Ue. v. Brünn: Konzert. 22.25 Uhr: Ue. a. d. Restaurant Stamola.

E. Schick, Radio-Vertrieb, Sinsheim a. E.
Zubehör — Einzelteile — Reparaturen — Beratung — Ladestation
Radio-Literatur, Programm-Zeitschriften bei J. Doll, Buchhdlg., Sinsheim.

Turnen, Sport und Spiel.

Arbeiterportbewegung.

Am kommenden Sonntag absolviert die freie Sportabteilung des Arbeitergefangenen Volkschor Sinsheim ein Freundschafts-

spiel mit 2 Mannschaften in Eppelheim mit dem dortigen freien Arbeiterportverein. Wie unsere Mannschaften gestellt werden, wird in der jeden Freitagabend stattfindenden Spielerversammlung bekanntgegeben. Eppelheim in der 1. Klasse spielt einen fairen Fußball, gegen die unsere beiden Mannschaften am kommenden Sonntag schweren Stand haben. Spielt unsere Mannschaft am Sonntag wie in Sandhausen, so ist ein spannender Fußballkampf zu erwarten, dessen Ausgang jedoch offen steht. Wir wünschen, daß unsere Mannschaften spielerisch und kameradschaftlich in Eppelheim einen guten Eindruck hinterlassen.

Sportverein.

Kommenden Sonntag treffen sich auf dem hiesigen Sportplatz in der Endrunde der Qualifikationsspiele Sportverein Sinsheim und Sportverein Gemmingen. Sinsheim, das am letzten Sonntag durch großes Pech in Eichelbronn zwei wertvolle Punkte lassen mußte, ist jetzt auf gleicher Punktzahl mit Hirschhorn und Eichelbronn; alle drei Vereine haben 5 Punkte aufzuweisen, während Gemmingen nur 1 Punkt bis jetzt erreichen konnte. Gemmingen wird alles aufbieten um noch die ausstehenden Spiele für sich zu gewinnen. Auch für Sinsheim steht am Sonntag viel auf dem Spiel, wenn es weiter in der A-Klasse verbleiben will, die Mannschaft darf deshalb ihren Gegner nicht unterschätzen, da Gemmingen aus früheren Verbandspielen als zäher Gegner bekannt ist. Es ist daher ein offener spannender Kampf zu erwarten. Spielbeginn 3 Uhr, vorher spielt die Jugend.

Mannheimer Kleinviehmarkt.

Dem Kleinviehmarkt am Donnerstag waren zugeführt: 116 Kälber, 1 Schafe, 499 Schweine, 557 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden pro 50 Kilo Lebendgewicht in R.-M.: Kälber —, 78—80, 72—76, 60—64; Schafe —; Schweine —, 68—70, 71 bis 72, 64—66, —; Ferkel und Läufer 14—36 R.-M. pro Stück Marktverkauf: mit Kälbern mittelmäßig, geräumt; mit Schweinen ruhig, Ueberland; mit Ferkeln und Läufern mittelmäßig.

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse vom 14. Juni 1928

Preise verheben sich pro 100 kg alles in Reichsmark zahlbar	
Weizen, inländischer 27,50—28,00	Mais (mit Sack) 24,75
Weizen, ausländischer 29,50—31,50	Weizenkleie m. Sack 14,25—14,50
Roggen, inländischer 29,00	Biertrichter mit Sack 18,50—18,75
Roggen, ausländischer —	Roh-Melasse . . .
Brangerste, ausländ. 31,00—35,50	Wiesheu . . . 8,80—9,40
Hafer, inländischer 28,00—29,00	Eugenekleeheu . . . 11,60—12,80
Hafer, ausländischer 28,00—29,00	Breistroh . . . 4,40—4,80
Weizenmehl Sp. 0 37,00—38,00	Gebundenes Stroh 3,80—4,20
Roggenmehl 70% 39,00—40,50	Raps . . .

Tendenz: ruhig.

Wetterbericht.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte vom 14. Juni 1928.

Karlsruhe, 14. Juni. Das neue Tief ist mit großer Schnelligkeit bis zur Nordsee vorgeedrungen und hat uns Bewölkungszunahme bei aufsteigenden Südwestwinden gebracht. Ein Ausläufer zog bereits heute nacht über uns hinweg, wobei es vielfach zu leichten Niederschlägen kam. Da das Tief rasch nach Osten weiterzieht, werden wir bald in den Bereich der von der Rückseite einbrechenden kühleren Luft gelangen, die uns neben Abkühlung vorwiegend weitere Gewitterregen bringen wird.

Wetterausichten für Freitag, den 15. Juni 1928: Noch Abkühlung mit Gewitterregen, wechselnd wolkig bei westlicher Luft.

Gasthaus z. Krokodil

Welt-Kino WK Sinsheim

Freitag 15., Samstag 16. und Sonntag 17. Juni 1928, abends 8/9 Uhr

„Maciste“
der Held der Berge
im Kampf mit 15 Wölfen.



Ein sensationelles Abenteuer aus den Dolomiten. Maciste, der sympathische Kraftmensch

Beiprogramm:
„Ausgerechnet Bananen“
Lustspiel in 2 Akten.
„Er“ als Klavierspieler
Groteske in 1 Akt.
Direktion.

Käse ist nahrhaft und billig!

Bersende z. St. Mägauer Stangenkäse in Postkollu v. 9 Pfd. p. Nachnahme, das Pfund zu 35 Pfg. ab hier.

Heinrich Hörlich / Molkereiprodukte
Windelheim (Mügau.)

Die 8 Küchen-Volkstage
während des
Werbeverkaufs
haben viele
Augen geöffnet!
Aber
noch
nicht
alle!

DAHER
Einheits-
KÜCHE

Kiefer lasiert mit Linoleum, bestehend aus:
1 Küchenschrank mit Verglasung, mit Linoleum, mit vollen Türen im Unterteil; 1 Tisch mit Schubkasten, mit Linoleum; 2 Stühlen; 1 Hocker

100 Mk.
Kein Druckfehler! in Worten: Einhundert Mark
Kommen Sie zu uns, wir erwarten Sie!
Verkaufsunterbrechung vorbehalten!
Die 8 Küchen-Volkstage werden verlängert bis Samstag, den 23. Juni 1928, nachmittags 5 Uhr.

Brüder C. F. Landes,
HEIDELBERG
Hauptstr. 42 und Hauptstr. 62

Brauchen Sie einen neuen Schirm?

dann denken Sie an meine große Auswahl in Damen- u. Herrenschirme. Nur der Fachmann gibt Ihnen die Gewähr, wirklich Qualitäts-Schirme, so wie Spazierstöcke zu billigen Preisen anzubieten.

Münzenmayer, Heidelberg

Platz 11
Bitte beachten Sie die Preise im Fenster.

Neu

Matjes-heringe
beste Qualität
Gebrüder Krell.

Gesucht
Älteres, zuverlässiges Mädchen als
Altenmädchen
Zu melden von 10—12 Uhr vormittags, 5—7 Uhr nachmittags.
Frau Dr. Jahn.

Karl Srba, Heidelberg
Spezialgeschäft für Waffen
Munition und Jagdgeräte
Eigene Büchsenmacherei
Hauptstr. 78 Fernsprecher 1198
Katalog zu Diensten.

Geschäfts-Empfehlungen
finden die
größte Beachtung
in dem
Landboten (Sinsheimer Ztg.)

Odenwaldklub
Sinsheim a. E.
Teilnehmer an der Hauptversammlung fahren kommenden Sonntag 52 ab Sinsheim mit Sonntagsfahrkarten nach Mannheim, von da per Schiff nach Worms. Schiffskarte auf dem Schiff lösen. Sämtliche Mitglieder beteiligen sich in Worms am Festzug. Der Vorstand.

Auskünfte:
Vertrauenssachen i. Art u. überall. Beschaff. v. Material zur Beweisführ. a. Prozesse, routiniert und zuverlässig.
Pr. Detektiv
Stein, Pol. Wachtm. a. D.
Pforzheim, Tel. 116.

Palast Lichtspiele

Sinsheim Stadtpark-Saal.

Samstag, den 16., Sonntag, den 17. Juni jeweils abends 8/9 Uhr Sonntag nachmittags 3 Uhr

I.
Charlie Schaplin
im Goldrausch 7 Akte.

II.
John Barrymore & Conrad Veidt
in
Der Bettelpoet 10 Akte.
Die Abenteuer des Francois Villon des größten französischen Minnesängers.

III.
Ufa Wochenschau
Jugendliche haben Zutritt.

In einer Oberamtsstadt ist in bester Geschäftslage ein Anwesen mit guteingeführtem
Manufaktur u. Kurzwarengeschäft
günstig zu verkaufen.
Das Anwesen wird wegen vorgerückten Alters des Besitzers dem Verkauf ausgesetzt. Näheres gegen Rückporto u. Nr. 111 durch
Sig. Grünstein, Immobilien, Offenau-Heilbronn

Café Schmidt
Bad Rappenau
Das vornehme und gemütliche Familien-Café, eigene Konditorei
Wein, Konzert, Billard
Treffpunkt der Touristen vom Neckar- und Mühlbachtal.
Inh. **Herm. Schmidt**
Tel. 13 Konditormeister Tel. 13